

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 46

Gründungsm. Sonntag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 M. Nur Postbesug.
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 14. November 1926

Verlagsgesellschaft Berlin G. L. Neuer Markt 12-14
Telefon 1524.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

42. Jahrgang

Ziel und Wege.

Die grundlegenden Bestimmungen über den Zweck unseres Verbandes sind in unserem Verbandsstatut festgehalten. Die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Interessen unserer Mitglieder ist die große Aufgabe, deren Lösung unser Verband mit den ihm gegebenen Mitteln erstrebt. Voraussetzung zur Lösung dieser Aufgabe ist der einheitliche Zusammenschluß aller Berufsangehörigen zu gemeinsamem Handeln.

Um diese Voraussetzung zu schaffen, d. h. den einheitlichen Zusammenschluß aller Berufsangehörigen zu erreichen, bedient sich unser Verband einer Reihe für diesen Zweck besonders geeigneter Mittel. In erster Linie versucht er einen geistigen Einfluß auf unsere Berufsangehörigen zu gewinnen. Das geschieht dadurch, daß er durch seine Arbeiten im Interesse aller Berufsangehörigen, unbekümmert darum, ob es sich dabei um Männer oder Frauen, um Junge oder Alte handelt, seine eigne Notwendigkeit jedem einzelnen gegenüber nachzuweisen sich bemüht. Durch das Erfämpfen der erreichbar günstigsten Arbeitsbedingungen, durch sein Streben zur Erweiterung des Mitbestimmungsrechts in der Produktion, durch sein Einwirken auf die Gesetzgebung zugunsten der Arbeiterschaft, durch sein Eintreten für die Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen und des sozialen und gewerblichen Mitbestimmungsrechtes, wird jedem unserer Berufsangehörigen nachgewiesen, daß die Arbeit unseres Verbandes zwingend notwendig ist für die Sicherung der Existenz und Lebenshaltung jedes einzelnen.

Und alle die Zielzuvielen, die noch außerhalb unseres Verbandes stehen, müssen aufmerksam gemacht werden auf dieses absolut selbstlose Arbeiten unserer Organisation. Das geschieht durch gewerkschaftliche, wirtschaftliche und berufliche Belehrung in Wort und Schrift. Durch Versammlungen und Vorträge, durch die Herausgabe einer eigenen Verbandszeitung und sonstige hierfür geeignete Druck- und Werbschriften wird die Bedeutung unseres Verbandes allen denen klarzumachen versucht, die ein Interesse hierfür zeigen.

Neben der Arbeit der geistigen Beeinflussung der Berufsangehörigen zum Zwecke des einheitlichen Zusammenschlusses leistet unser Verband auch gute Arbeit materieller Natur zum gleichen Zweck. Unsere sehr stark realistisch eingestellte Zeit verlangt neben einer ideellen Lösung auch materielle Zeichen für die Notwendigkeit einer Sache. Will unser Verband im Sinne seiner Zweckbestimmung arbeiten, dann muß er den hierzu notwendigen Anforderungen auch genügen können. Keine seiner vielgestaltigen Aufgaben kann ohne materielle Opfer gelöst werden, denn keine

ist ohne Kampf durchzuführen. Kampf aber erfordert immer Opfer. Da müssen die Mitglieder des Verbandes solidarisch zusammenstehen und entsprechend ihrem Können durch ihre Beitragsleistung die Möglichkeit zur Führung dieser Kämpfe schaffen. Das ist der Sinn der Beitragsleistung der Verbandsmitglieder: die materielle Unterlage zu sichern für das Arbeiten des Verbandes entsprechend seiner Zweckbestimmung. Wer darum sich und seinen Mitarbeitern die erreichbar günstigsten Arbeitsbedingungen, ein größeres Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß, eine der Arbeiterschaft günstigere Gesetzgebung sozialer und wirtschaftlicher Natur sichern will, der wird und muß gern und freudig im solidarischen Handeln mit seinen Kollegen und Kolleginnen dem Verbands die Mittel geben, die dieser zur Durchführung seiner Aufgaben bedarf.

Wie unser Verband diese seine Aufgaben löst und wie zweckmäßig die Beiträge der Mitglieder verwendet werden, das haben wir schon oft gezeigt. Im Jahre 1925 zahlte im Durchschnitt jedes männliche Mitglied einen Beitrag von 92 Pf. und unser Verband sicherte ihm dafür eine Lohnerhöhung von 7,30 M. Jede Kollegin zahlte im Durchschnitt 48 Pf. und erhielt dafür eine Lohnerhöhung von 4,20 M. Kann es etwas geben, was noch deutlicher die Zweckmäßigkeit unseres Verbandes aufzeigt, was noch besser zum Ausdruck bringt, wie nützlich der Verbandsbeitrag verwendet worden ist? Dabei stellt diese Leistung nur einen Teil des erfolgreichen Arbeitens unseres Verbandes dar. Um den einheitlichen Zusammenschluß aller Berufsangehörigen zu beschleunigen und den zum guten Teil sehr stark realistisch eingestellten Kollegen und Kolleginnen auch für die Wechselfälle des täglichen Lebens die Vorteile des solidarischen Zusammenhandelns aller Berufsangehörigen zu demonstrieren, sind seine Unterstützungseinrichtungen geschaffen, die neben der Verbesserung der Arbeitsbedingungen unseren Mitgliedern gerade in der jetzigen Zeit eine unschätzbare Hilfe geleistet haben, deren Wert abzumessen ist an der Tatsache, daß vom 1. Oktober des Vorjahres bis zum gleichen Tage des laufenden Jahres unsere Mitglieder an 800 000 M. an Unterstützungen der größte Teil mit rund 450 000 M. auf die Arbeitslosenunterstützung entfällt, liegt in der äußerst ungünstigen Wirtschaftslage begründet. Daneben ist an Krankenunterstützung noch weit über 200 000 M. zur Auszahlung gekommen und der restliche Teil entfällt auf die übrigen Unterstützungen einschließlich der für die Opfer von Streiks und Mahregeleungen durch unsere Unter-

stützung. Faßt man dieses Resultat der Arbeit unseres Verbandes zusammen und mißt an ihm seinen Wert für unsere Mitglieder, dann kann kein mehr sein, der guten Gewissens noch absteht stehen bleibt, wenn er nicht als Narr verschrien werden will. Es gibt heute nichts Nützlicheres, aber auch nichts Notwendigeres für alle unsere Berufsangehörigen wie unseren Verband. Aus dieser unumstößlichen, für jedermann offenkundigen Tatsache und Wahrheit muß jeder Kollege, jede Kollegin die einzig richtige Nutzenanwendung ziehen und Mitglied unseres Verbandes werden.

Unsere Verbandsvertreter beim Reichsarbeitsminister.

Die Reichsarbeitsverwaltung hat bekanntlich in ihrer Entscheidung, in der sie den Reichstarif für das deutsche Buchbindergewerbe („Apt-Tarif“) für allgemeinverbindlich erklärt hat, eine Einschränkung vorgenommen, indem sie sagt:

Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich hinsichtlich des Reichstarifvertrages nicht auf solche Betriebe, für welche Sondertarifverträge bisher in Geltung sind, und hinsichtlich der Löhne nicht auf solche Betriebe, für welche Sondertarifverträge bisher in Geltung sind oder abgeschlossen werden.

Diese letzte Formel in bezug auf den Lohnstarif ist für den Schlichter im Rheinland die Handhabe gewesen, im Falle M.-Glabbach einen Schiedsspruch zu fällen, der die dortigen Betriebe vom Reichstarif wieder abdrängt. Der gleiche Vorgang hat sich in Düren abgespielt, nur mit dem Unterschied, daß in diesem Falle es sich nicht nur um den Lohnstarif allein, sondern auch um den Monteltarif handelt.

Diese ganz willkürliche Auslegung, die im vorliegenden Falle die Schlichtungsausschüsse bzw. die Schlichter der Entscheidung der Reichsarbeitsverwaltung gegeben hatten, die mehr denn eigentümliche Entscheidung der Reichsarbeitsverwaltung im Falle Schlefien und der Umstand, daß in diesen Tagen die Reichsarbeitsverwaltung dabei ist, die Entscheidung zu fällen über unseren Antrag, den VDB-Buchbindereichstarif für allgemeinverbindlich zu erklären, hat unserem Vorstand Veranlassung gegeben, einige Vertreter zu beauftragen, gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Graphischen Zentralverbandes eine mündliche Ausprache mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns herbeizuführen. Diese Verhandlung fand am 3. November statt. Der Reichsarbeitsminister ließ sich unsere Beschwerden vortragen und beauftragte seinen Vertreter, in Gemeinschaft mit uns am anderen Tage in eine eingehende Beratung mit den zuständigen Beamten der Reichsarbeitsverwaltung zu treten. Bei dieser Verhandlung erklärte dann auch der Abteilungsleiter, daß in den vorliegenden Fällen ein offener Mißbrauch durch den Schlichter

vorliege und daß deshalb eine Aenderung der einschränkenden Bestimmung herbeigeführt werden müsse.

Durch die gelbe Presse und durch die Fachpresse gingen in der letzten Zeit ellenlange Abhandlungen eines zeilenschindenden Schmierfinken, nach denen die Reichsarbeitsverwaltung im Gegensatz zum Reichsarbeitsministerium die gelben Wertvereine als tariffähige Organisationen im Sinne der Tarifvertragsverordnung ansehe. Die Vorgänge in Brieg wurden dafür als Beweis angeführt. Auch hierüber fand in der Reichsarbeitsverwaltung eine Aussprache statt, in der wie schon früher die Beamten erklärten, daß es geradezu unsinnig sei, solche Behauptungen aufzustellen. Die gelben Wertvereine oder Betriebschaften seien keine wirtschaftlichen Vereinigungen, die berechtigt seien, Tarifverträge abzuschließen. Das sei die Ansicht der Regierungen und dabei bleibe es.

Es darf angenommen werden, daß die bevorstehende Entscheidung über die Allgemeinverbindlichkeit des VDB-Tarifs für uns in günstigerer Weise als bisher ausfallen wird.

Das Papier, seine Erzeugung und Verarbeitung.

Seit vier Jahren wird in Dresden in den Sommermonaten eine Jahresschau abgehalten, die die einzelnen Gewerbegebiete zum Gegenstand einer geschlossenen Ausstellung macht. Die 6. Jahresschau, die im Sommer nächsten Jahres stattfinden soll, behandelt das Papier, seine Erzeugung und Verarbeitung. Nach dem Plan dieser Jahresschau sollen auf ihr die Höchstleistungen in Arbeit und Stoff vorgeführt werden. Darunter soll keineswegs nur die Ausstellung von Kunst- und Luxusgegenständen verstanden werden, sondern in gleichem Maße alle Dinge für den täglichen Gebrauch sowie auch für sonstige technische Zwecke.

Nach dem uns vorliegenden Plan der Jahresschau soll die Ausstellung „Das Papier, seine Erzeugung und Verarbeitung“ sich in vier große Gruppen gliedern. Die erste Abteilung wird wissenschaftlicher Natur sein, in ihr sollen dargestellt werden die Perioden der Technik der Papierherstellung, die Papiermacherei in der Vergangenheit des Papiers, die Papierprodukte aus vergangener Zeit, die Geschichte des Buches und die Geschichte der Zeitung. Daneben wird die Technologie des Papiers eine besondere Darstellung finden, und zwar sollen hier die Vorgänge bei der Verarbeitung des Rohmaterials, das Entstehen des Papiers aus dem Papierbrei, die Vorgänge beim Fertigstellen des Papiers für verschiedene Zwecke und die Prüfung und Begutachtung des Papiers und der Rohstoffe zur Darstellung kommen.

Eine dritte Gruppe der wirtschaftlichen Abteilung beschäftigt sich mit statistischen Angaben, worunter Entwicklung und Stand der Papiererzeugung und Papierverarbeitung verstanden sein soll, ferner Angaben über Aus- und Einfuhr von Papier, Halbfertigwaren und Rohstoffen, über die Verwendung des Papiers zu verschiedenen Zwecken, über die berufliche Betriebsgestaltung, über die Preisgestaltung und Absatzverhältnisse sowie über die Unternehmer- und die Arbeiterorganisationen. Eine Schlussgruppe wird sich mit der Literatur beschäftigen.

Die zweite Abteilung der Jahresschau behandelt die Papiererzeugung und den Maschinenpark der Papierindustrie. Dabei soll auch eine moderne Papiermaschine in Betrieb vorgeführt, und zwar soll die Herstellung des Papiers von der Aufbereitung des Rohstoffes bis zur versandfertigen Papierrolle gezeigt werden. Außerdem wird auch die Erzeugung von Handpapier praktisch vorgeführt. Dann sollen zur Ausstellung kommen möglichst alle Maschinen der papiererzeugenden und der papierverarbeitenden Industrie, so daß die Arbeitsvorgänge im Rotations-, Hoch-, Flach- und Tiefdruck, ferner die in der Kartonnagenherstellung und in der Buchbinderei gezeigt werden können.

Die dritte Hauptgruppe ist der Verarbeitung gewidmet. Dort soll gezeigt werden, wie das Papier für alle denkbaren Zwecke verwandt werden

M.-Glabdach im Kampf gegen Windmühlen.

Der Kampf um die allgemeine Verbindlichkeit des VDB-Tarifs ist noch immer in vollem Gange. Als hauptsächlichster Einsprecher gegen die allgemeine Verbindlichkeit kommt Herr Rahe - M.-Glabdach mit seinem Anhang in Betracht. Obwohl die Einpruchsfrist bereits in der zweiten Hälfte des September abgelaufen war, lassen diese Herren nicht locker. Sie bombardieren die Reichsarbeitsverwaltung und das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe weiterhin mit Eingaben und Protesten und

mag. Ob die Herren seiner derzeitigen Befolgung das von ihm getriebene böse Spiel noch allzulange mitmachen werden, darf man wohl bezweifeln, da ihnen doch die Ausichtslosigkeit dieses Kampfes nachgerade zum Bewußtsein gekommen sein mußte. Bereits im Vorjahr sind die Herrschaften sowohl beim „Api“-Tarif als auch beim VDB-Tarif mit ihren Einprüchen



machten persönliche Anstrengungen, um zu verhindern, daß die allgemeine Verbindlichkeit auch für den ab 1. Juli in Geltung befindlichen VDB-Reichstarif ausgesprochen wird.

Der gute Mann hat sich in die fixe Idee verannt, daß die Selbstherrlichkeit, die von jeher von seiner Firma ausgeübt wurde, von ihm auf das gesamte Buchbindergewerbe ausgedehnt werden könnte. Er bittet sich ein, es müßte alles nach seiner Pfeife tanzen. Dabei legt Herr Rahe einen so kindlichen Eigensinn an den Tag, daß man nachgerade seine Handlungen und Reden nur noch pathologisch zu bewerten ver-

mößig abgefallen. Auch beim „Api“-Tarif 1926 konnten sie die allgemeine Verbindlichkeit nicht verhindern und mit Sicherheit darf angenommen werden daß ihnen das auch beim VDB-Tarif 1926 nicht gelingen wird. Der Eigenbröckel des Herrn Rahe und seiner Befolgung kann eben kein Mensch mit gesunden Sinnen Rechnung tragen.

In den nächsten Tagen soll in der Reichsarbeitsverwaltung die abschließende Besprechung stattfinden und dann die Entscheidung über den gestellten Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit gefällt werden.

kann. In dieser Abteilung wird nach den Mitteilungen in der „Kartonnagen- und Papierwarenzeitung“ die hierzu gehörende Untergruppe Verpackung von der Kartonnagenindustrie belegt werden. Nach den Mitteilungen in der genannten Zeitschrift soll diese Untergruppe folgende Aufgaben erhalten:

1. Rohkartonnagen aus Pappe, Karton, evtl. unter Einschluß des Vulkanfibers, Koffer;
2. Versandkartons aller Art, Hülsen aus Pappe und Papier;
3. Wellpappe, Schuhhüllen für Glasflaschen und dergleichen;
4. Gebrauchsgegenstände aus Karton, Papier, sowie in Verbindung mit sonstigen Stoffen;
5. Hohlgefäße aus Papierstoff, in Blasverfahren hergestellt, zum Verpacken von chemischen, technischen und pharmazeutischen Artikeln sowie Genussmitteln;
6. Künstlerische Entwürfe (Graphit) für alle Arten von Verpackungen im Dienste der Kasse;
7. Einschläge für kosmetische, pharmazeutische und Genussmittel;
8. Faltschachteln;
9. Feinkartonnagen für kosmetische, pharmazeutische Artikel und Genussmittel, ferner für Tabak, Zucker, Seife, Textilien, Schuhe;
10. Einheits für Bijouterie, Goldwaren u. dgl.

Sondergebiet: die Kappenschachtel in ihrer vielseitigen Verwendung. Hier soll unter Umständen die Zigarettenfabrikation mit eingerechnet werden, die ja einen mittelbaren Zusammenhang mit Papier und Verpackung hat.

Druckbogen bis zum fertigen Band in den verschiedenen Aufmachungen gezeigt werden soll.

Sobald wir über Einzelheiten dieser für unser Gewerbe voraussichtlich außerordentlich wichtigen Ausstellung näheres erfahren, werden wir unseren Lesern Kenntnis geben.

Der Arbeitsmarkt im Oktober.

Bereits im letzten Monatsbericht konnten wir den Beginn einer besseren Geschäftslage melden. Erfreulicherweise hat diese Besserung jetzt eine weitere Steigerung erfahren. Während wir im Vormonat noch 15,1 Proz. im Monat September sogar 17,5 Prozent Arbeitslose hatten, war deren Zahl am Stichtag Ende Oktober auf 12,9 Proz. gesunken.

Noch stärker fiel die Zahl der Kurzarbeiter, die im September noch 30,4 Proz. betrug, im Vormonat schon auf 21,4 Proz. gesunken war und jetzt bereits auf 10,5 Proz. gefallen ist. Insgesamt zählten wir somit im September noch 50 Proz. Arbeitslose und Kurzarbeiter, im Vormonat 36,4 Proz. und gegenwärtig nur noch 23,4 Proz., so daß augenblicklich drei Viertel der Mitglieder wieder voll beschäftigt sind.

In Übereinstimmung damit lauten auch die Berichte über den Geschäftsgang in den Betrieben erheblich günstiger wie im Vormonat. Während im letzteren nur 28 Proz. „gut“ und 52 Proz. „befriedigend“ beschäftigt waren, stieg jetzt die Zahl der ersteren auf 50,5 Proz., die der letzteren sank auf 37 Proz., so daß nur noch 12,5 Proz. der Belegschaften schlechte Beschäftigung hatten.

An Arbeitslosen wurden am Stichtag gezählt 2220 = 12,8 Proz. männliche und 430 = 13,0 Proz. weibliche, gegenüber 15,2 bzw. 15 Proz. im Vormonat. Kurzarbeiter wurden in 67 Orten 1884 = 10,9 Proz. männliche und 345 = 10,3 Proz.

Wer hilft?

Unser Verband gewährt seinen Mitgliedern in allen gewerblichen, gewerkschaftlichen und aus dem Arbeiterschutz und den Arbeiterversicherungsgeboten hervorgehenden Streitfällen unentgeltlichen Rechtsschutz, sofern die von solchen Streitfällen Betroffenen in der Regel mindestens 13 Wochen dem Verbandsmitglied angehören. Nur dann, wenn beim günstigen Ausgang des Rechtsstreites der Prozeßgegner unserem Mitglied die Prozeßkosten erstatten muß, ist das Mitglied gehalten, auch dem Verbandsmitglied die von diesem verauslagten Kosten des Rechtsstreites zurückzuerstatten. Diese Zusage ist für unsere Mitglieder von ganz besonderer Bedeutung, denn in überreichem Maße bietet sich im täglichen Leben die Gelegenheit, von diesem statutarischen Recht auf Schutz gegen Benachteiligungen der verschiedensten Art Gebrauch zu machen.

Wenn die materiellen Aufwendungen unseres Verbandes für dieses statutarisch festgelegte Recht der Mitglieder nicht allzu groß sind, dann hat das seine Ursache in der Tatsache, daß der allergrößte Teil aller Streitigkeiten vor Instanzen zum Austrag und zur endgültigen Erledigung kommt, für die besondere materielle Kosten nicht erwachsen. In der Regel sind es ja nur die Berufungsinstanzen, die geldliche Aufwendungen erfordern. Doch gerade hierbei ist die Hilfe des Verbandes besonders notwendig. Wenn durch ein Urteil der ersten Instanz der Rechtssuchende zu seinem Recht kam und der unterlegene Prozeßgegner, vielfach vertrauend auf die materielle Hilflosigkeit seines Widerparts, an übergeordnete Instanzen appelliert, dann springt — wie so oft — der Verband als hilfreicher Freund ein und ermöglicht auch dem materiell Schwachen die Durchführung seines Rechtsstreites.

In ungleich größerem Ausmaß kommt die Hilfe des Verbandes jedoch zur Auswirkung in all den Fällen, die schon durch die erste Instanz erledigt werden. Hier sind es weniger geldliche Zubußen, für die der Verband aufkommt, als vielmehr die Bestellung der Rechtsbeistände, die natürlich auch in gewissem Sinne materiell bewertet werden muß. Wie viele Tausende unserer Mitglieder haben nicht schon im Laufe der Zeit die Hilfe unserer Verbandsfunktionäre, seien es Angestellte oder

ehrenamtlich Tätige, in Anspruch genommen und sind durch deren Tätigkeit zu ihrem Recht gekommen! Der sachverständige Rat unserer Funktionäre und die meistens damit verbundene persönliche Vertretung der Rechtsuchenden ist zu einer nicht mehr zu missenden Einrichtung unseres Verbandes geworden. Könnte man die Resultate der Rechtsschutzleistung unseres Verbandes ziffernmäßig erfassen, es würde sich zeigen, daß sie zu den erfolgreichsten Verbandsarbeiten zu zählen sind.

Es ist zweifellos ein großer Mangel, daß diese Arbeit unseres Verbandes nicht so gewürdigt wird, wie sie es ohne Frage verdient. Ein gut Teil praktischster und erfolgreichster Verbandsarbeit entfällt dadurch der Beurteilung nicht nur unserer Verbandsmitglieder, sondern auch der großen Öffentlichkeit. Das ist falsch, denn warum soll unser Verband nicht rechtlos aufzeigen, was er im Interesse seiner Mitglieder leistet? Unsere Verwaltungen sollten darum ihr Licht nicht allzusehr unter den Scheffel stellen, sondern ihren Mitgliedern auch sagen, was sie auf dem Gebiete des Rechtsschutzes für diese getan und erreicht haben. All die vielen Hunderte, ja Tausende von Fällen, in denen mit Hilfe unseres Verbandes unsere Kollegen und Kolleginnen zu ihrem Recht kamen, sind gute Zeugen für die Notwendigkeit und Nützlichkeit unseres Verbandes. Daß es sich dabei in der Regel nicht nur um Pfennige handelt, zeigt z. B. das Novembermerkblatt unserer Verwaltung in Dresden, das einfach und bescheiden den folgenden Sach enthält:

Beim Gewerbegericht und bei den Tarifinstanzen wurde ausgeklagt: von 4 Firmen für 86 Personen insgesamt 1370,74 Mk.

Wie viele sind es denn, die sich beim Lesen dieser schlichten Zeilen daran erinnern, daß hier der Verband für jeden der 86 Kollegen und Kolleginnen sozusagen ganz nebenbei 16 Mk., um die sie geschädigt werden sollten, durch seine Rechtsschutzeinrichtung rettete? Und solcher Fälle gibt es hunderte, tausende im Laufe eines Jahres in allen unseren Zahlstellen. Auch diese Tätigkeit unseres Verbandes muß anerkannt und allen denen gezeigt werden, die da glauben, daß die Gewerkschaft keinen Zweck und keinen Nutzen habe.

weibliche vermittelt, so daß insgesamt 4104 = 23,7 Prozent männliche und 7765 = 23,3 Proz. weibliche Arbeitslose und Kurzarbeiter in Frage kamen.

Außerordentlich unterschiedlich war der Beschäftigungsgrad in den einzelnen Orten. Es waren vorhanden:

Ort	Mitglieder	Arbeitslose	Kurzarbeiter
Berlin	8352	1417 = 17 Proz.	142 = 1,7 Proz.
Leipzig	6515	780 = 12 "	435 = 6,7 "
Dresden	4353	792 = 18 "	452 = 12,5 "
Hamburg	2533	317 = 12,5 "	47 = 1,9 "
Hannover	1961	611 = 31 "	205 = 10,5 "
Stuttgart	1780	145 = 8 "	483 = 27,1 "
München	1648	118 = 7,2 "	94 = 5,7 "
Nürnberg	1645	212 = 13 "	66 = 4,0 "
Bielefeld	829	21 = 2,5 "	—
Chemnitz	780	79 = 10 "	410 = 52,6 "

Bielefeld hat somit den geringsten, Hannover dagegen den höchsten Prozentsatz an Arbeitslosen, während Chemnitz den höchsten Prozentsatz an Kurzarbeitern hat, in Bielefeld dagegen gar keine vorhanden sind. Betrachtet man die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter gemeinsam, dann steht Chemnitz mit 62,7 Proz. am ungünstigsten da, ihm folgt Hannover mit 41,6 Proz., während Stuttgart und Dresden 35,3 bzw. 30,5 Proz. zählen. Am günstigsten steht Bielefeld da, das nur 2,5 Proz. Arbeitslose und gar keine Kurzarbeiter hat.

Der Mitgliederstand hat sich mit 50 710 auf fast der gleichen Höhe wie im Vormonat gehalten.

Die Berichterstattung war eine sehr gute. Zum festgesetzten Schlußtermin brauchten nur 7 Zahlstellen gemahnt zu werden, während bis zum Abschluß dieses Berichtes nur Lauban und Aachen trotz mehrfacher Mahnung keine Berichtskarte eingelandet hatten.

Nach den Feststellungen der Reichsarbeitsverwaltung waren am 30. September im Buchdruck- und Buchbindergerberie gemäß den Meldungen der Verbände der Buchdrucker, Buchbinder, Graphischen Hilfsarbeiter und Lithographen, sowie des christlichen graphischen Zentralverbandes und des Gutenbergbundes vorhanden:

Erfasste Mitglieder	185 600
davon Vollarbeitslose	19 800 = 10,7 Proz.
Kurzarbeiter	16 700 = 9,0
Vollbeschäftigte	86,1

(einschl. der auf Vollbeschäftigte umgerechneten Kurzarbeiter)

Unsere Werbewoche.

Gau Sachsen.

Im Gau Sachsen nahm die große Mehrzahl der Zahlstellen und Gauorte auf Grund der schlechten wirtschaftlichen Lage davon Abstand, Werbewerbetätigkeiten abzuhalten. Außerdem kommen im Gau eine

Reihe Orte in Frage, die nahezu reiflos organisiert sind.

In Leipzig und Chemnitz fanden gemeinsame Versammlungen der graphischen Organisationen statt. In Leipzig war die Versammlung glänzend, in Chemnitz hingegen ließ der Besuch zu wünschen übrig. Hier sprach Kollege Lange-Dresden, der auch in den Versammlungen in Limbach, Zwickau und Plauen referierte. Von diesen Orten wurde bereits in der „Buchbinderzeitung“ berichtet, wie auch von Dresden ein selbständiger Bericht erschienen ist. Versammlungen fanden außerdem noch in Hartitzsch, in der Kollege Miering, und in Hohenek-Stollberg, Thum i. E. und Crimmitschau statt, in denen Kollege Pfüge sprach.

Hausagitationen wurden in Chemnitz, Plauen und Hohenek-Stollberg veranstaltet, die zum Teil recht gute Erfolge brachten. Ein von der Gauleitung herausgegebenes Flugblatt: „In der ganzen Welt ein Ziel!“ fand sehr gute Aufnahme und wurde noch oft nachgefragt. Auch der Ortsauschuß des ADGB hatte für den Bezirk Chemnitz eine große Anzahl kurzgefaßter Handzettel herausgebracht. Wenn der Erfolg nicht ein größerer war, dann liegt das in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet. Und wenn die zahlreichen im Dienste der Agitation gestandenen Kollegen und Kolleginnen dabei nicht so recht auf ihre Rechnung gekommen sind, dann darf das nicht entmutigen. Sie müssen sich immer sagen: Beharrlichkeit führt zum erwünschten Ziel! E. Pfl.

Gau Württemberg und Baden.

Durch zwei Rundschreiben wurden unsere Zahlstellen aufgefordert, die Agitation in der Werbewoche mit allen gewerkschaftlichen Mitteln durchzuführen, sofern nur einigermaßen Aussicht auf Erfolg besteht. Die nach zweimaliger Aufforderung jetzt von allen Zahlstellen eingehängenen Berichte zeigen, daß große zahlenmäßige Erfolge nirgends erzielt wurden. Der Wille zur weiteren Arbeit ist jedoch überall angefaßt und der gewerkschaftliche Geist gestärkt worden, so daß mit späteren Erfolgen gerechnet werden kann.

Verschiedene Zahlstellen, so besonders die Orte Lahr, Freiburg und Trossingen, hielten den Zeitpunkt nicht für geeignet und teilten mit, daß sie die Agitation zu einem günstigeren Zeitpunkt durchführen werden. In Trossingen soll dies gemeinsam mit dem Holzarbeiter- und Metallarbeiterverband geschehen.

In Göppingen wurde eine Hausagitation mit einem kleinen Erfolg durchgeführt. Sie ist noch nicht abgeschlossen. — In Heilbronn wurden durch verschiedene Versammlungen, darunter acht in der Umgebung, ungefähr 50 Aufnahmen erzielt. Zurzeit wird dort eine Hausagitation durchgeführt. — In Karlsruhe und im Bezirk Mittelbaden wurden eine Reihe von Versammlungen abgehalten, die alle entweder schlecht besucht waren oder gar nicht abgehalten werden konnten. Einige Teilerfolge wurden trotzdem erzielt, so in Muggensturm und in Karlsruhe. Hier schlossen sich in einem mittleren Betrieb auf einmal zehn Kollegen und Kolleginnen dem Verbands an. — In Kirchheim-Teck hat sich unsere Kollegenchaft an der Veranstaltung des ADGB beteiligt. Ein Erfolg wurde nicht erzielt. Zur Hausagitation ist niemand bereit.

Verschiedene in Forstheim und Umgebung abgehaltene Versammlungen brachten keinen Erfolg. Sie waren durchweg schlecht besucht. — Eine in Reutlingen durchgeführte Hausagitation brachte einen kleinen Erfolg. — In Saulgau wurde eine Agitation nicht durchgeführt. In dem dort in Frage kommenden Lütenbetrieb sind alle Beschäftigten einschließlich der zahlreichen Heimarbeiterinnen organisiert. — In Stuttgart, wo in der Papierverarbeitungsindustrie und besonders in der Kartonagenbranche noch manches Mitglied zu holen wäre, wurden verschiedene Betriebsversammlungen abgehalten, Flugblätter und anderes Werbematerial an die Unorganisierten verteilt, doch ohne größeren Erfolg. Es wurden etwa 25 Aufnahmen erzielt. Der Geschäftsgang ist zum großen Teil schlecht und die Agitation ungünstig. — In Ulm wurde ein Erfolg bei der in Frage kommenden Firma Dr. Höhn trotz Versammlungen, Hausagitation und Verteilung von Flugblättern nicht erzielt.

Wenn auch in der Werbewoche selbst nur etwa 100 Aufnahmen zu erreichen waren, dann darf doch mit Sicherheit angenommen werden, daß die auch jetzt und in Zukunft fortzusetzende weitere Werbetätigkeit weitere Erfolge bringen wird. R. Hemming.

Gau Südbayern.

Eine Werbewoche kann nur dann Erfolg haben, wenn die notwendigen Voraussetzungen gegeben sind. In diesem Falle fehlte aber auch alles, was zu einem Erfolg hätte führen können. Schlechte Konjunktur im Gewerbe, die schon 14 Monate andauert, lange Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, und nur sehr seltene Einstellungen, und dann nur auf kurze Zeit. Trotz dieser Situation haben wir versucht, durch Zirkulare für unsere Sache zu werben. Wenn wir auch einige Aufnahmen gemacht haben, dann kann von einem Erfolg nicht gesprochen werden.

In München hielt das Graphische Kartell eine große Versammlung aller graphischen Berufe ab. In dieser referierte Kollege Söldner, Ortsvorsitzender der Deutschen Buchdrucker, über „Die Bedeutung der internationalen Verbindungen der Arbeiterkraft“. Er schilderte den Werdegang bis zum heutigen 25jährigen Bestehen der Gewerkschafts-Internationale. Im zweiten Teil sprach Faust von unserem Verbande über „Die Frauenfrage“ und deren Entwicklung bis zum heutigen Stande. Die Referate lösten bei den Anwesenden großen Beifall aus. Sieben Aufnahmen waren das Ergebnis. R. Faust.

Gau Hannover.

Der Gauvorstand erluchte die Zahlstellen durch Rundschreiben, in der Werbewoche mit allem Nachdruck für die Stärkung der Organisation zu wirken.

In Bielefeld hat man angefangt des unterschiedlichen Arbeitschlusses von Versammlungen abgesehen. Durch eifrige Agitation in den Betrieben konnten der Organisation 40 neue Mitglieder zugeführt werden. — In Braunschweig fand eine Versammlung statt, in der der Gauleiter referierte. Infolge sonstiger Veranstaltungen am Ort war die Versammlung leider nur schwach besucht. — In Wunneburg kommt nur ein Betrieb in Frage, der vollständig organisiert ist. Es konnte deshalb von besonderen Veranstaltungen abgesehen werden. — Von Detmold ist uns leider ein Bericht nicht zugegangen. — In Göttingen fand eine von etwa 30 Personen besuchte Versammlung statt. Neuaufnahmen wurden nicht gemacht.

In Hannover fanden eine Flugblattverbreitung, fünf Betriebsversammlungen und eine außerordentliche Versammlung statt. Außerdem wurde eine Hausagitation eingeleitet, die noch nicht abgeschlossen ist. In einer Betriebsversammlung konnte ein Kartonnagenbetrieb mit 10 beschäftigten Personen neu organisiert werden. Die außerordentliche Versammlung, in der der Gauleiter referierte, war trotz der schlechten Geschäftslage und der herrschenden Typhusepidemie verhältnismäßig gut besucht. Auf Grund der verschiedenen Veranstaltungen wurden 50 neue Mitglieder der Organisation zugeführt. — In Hilseheim sprach der Gauleiter in einer gut besuchten Versammlung, in der leider die Nichtorganisierten fehlten. — In Kassel wurden agitatorische Maßnahmen auf den Monat November verlegt. — In Minden i. W. referierte der Gauleiter in einer leider schlecht besuchten Versammlung. — In Osnabrück fand eine vom graphischen Kartell einberufene gemeinschaftliche Versammlung statt, die gut besucht war; unsere nichtorganisierten Berufsangehörigen fehlten leider. — In Wausfried a. W. referierte der Gauleiter in einer sehr gut besuchten Versammlung, die von regem Interesse der Kollegenschaft am Ort zeugte.

Durch schriftliche Agitation des Gauleiters konnten ferner vier Einzelmitglieder der Organisation neu zugeführt werden. — Angesichts der schlechten Wirtschaftslage waren große Erfolge nicht zu erwarten; immerhin haben die Veranstaltungen dazu beigetragen, das Organisationsgefühl der Kollegenschaft wesentlich zu stärken. H. Kornacker.

Entscheidungen zu unseren Reichstattsverträgen.

Wellpappenvertrag.

Die Reichsarbeitsverwaltung benachrichtigte uns durch folgendes Schreiben von der ausgesprochenen Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Wellpappenvertrages:

Die nachstehenden tariflichen Vereinbarungen werden für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 23. Januar 1923

(Reichsgefehl. S. 67) für allgemeinverbindlich erklärt:

1. Vertragsparteien:
 - a) auf Arbeitgeberseite: Arbeitgeberverband der Papier verarbeitenden Industriellen, Fachgruppe Wellpappenfabrikation,
 - b) auf Arbeitnehmerseite: Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, Zentralverband christl. Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands.
2. Abgeschlossen am:
 - a) 17. Juni 1925 (Reichstattsvertrag),
 - b) 17. Juni 1925 (angenommene Schiedspruch nebst Lohnabelle),
 - c) 7. Juli 1926 (Vereinbarung).
3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter und Arbeiterinnen in der Wellpappenindustrie.
4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reichs.
5. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf § 11 des Tarifvertrages.
6. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. Oktober 1926.

Dr. S r u p .

Die Spielkarten-Industrie im Jahre 1925.

Auch in der deutschen Spielkarten-Industrie zeigen sich die Folgen der Rationalisierung bereits in merklicher Maße. Während man im Rechnungsjahr 1924 mit 918 Beschäftigten nur insgesamt 9.660.154 Spielkarten herstellte, hat man es nach den Berichten des Statistischen Reichsamts im Rechnungsjahr 1925 mit nur 696 Arbeitern auf 10.602.034 hergestellte Spiele gebracht. Also bei einem um fast 25 Proz. verminderten Personal eine zehnprozentige Produktionssteigerung. Das ist im wesentlichen auf die gesteigerte Verwendung mechanischer Hilfsmittel zurückzuführen. Im Vorjahr wurden noch 708 männliche und 210 weibliche Personen beschäftigt, dagegen ist die Zahl der Beschäftigten in diesem Berichtsjahr auf 534 weibliche und 162 männliche zurückgegangen. Die Zahl der angemeldeten Betriebe war jedoch von 24 auf 28 gestiegen. Von diesen haben fünf Herstellungsbetriebe und der einzige vorhandene Instandsetzungsbetrieb das Berichtsjahr über gerührt. Die 22 arbeitenden Betriebe stellten nur neue Karten her, und zwar sieben im Hauptbetrieb ohne Nebenbetrieb, vier im Hauptbetrieb mit Nebenbetrieb, elf im Nebenbetrieb.

Eine Spielkartenfabrik war verbunden mit einer Druckerei und Verlagsanstalt, eine mit einer Buch- und Steindruckerei, eine mit einer Luxuspapierfabrik und eine mit einem Betrieb zur Herstellung von Kartons. Drei lithographische Anstalten, ein Buchverlag, eine Buch- und Steindruckerei, eine Fabrik zur Anfertigung von Gesellschafts- und ähnlichen Spielen, eine Kunstdruck- und Klemmepappschalenfabrik, ein Kolonialwarengeschäft (H), eine Fabrik von Kinderpielwaren aus Papier und Pappe, ein Unternehmen zur Zelluloid-, Papier- und Lederverarbeitung und eine Bautafelfabrik besaßen sich mit der Spielkartenherstellung im Nebenbetriebe.

Die Entlohnung erfolgte mit einer Ausnahme auf Grund von Tarifverträgen, zum Teil nach den Tarifen der Buch- und Steindrucker, sie schwankte nach der Art der Beschäftigung und den örtlichen Verhältnissen. Nach den Mitteilungen der Landesfinanzämter betragen die Wochenlöhne für männliche Arbeiter 16,60 bis 65 Mk., im Durchschnitt 41 Mk.; für weibliche Arbeiter 13,54 bis 36 Mk., im Durchschnitt 20 Mk. Die niedrigen Sätze beziehen sich auf ungelernete Arbeiter und Jugendliche, die Höchstsätze auf Akkordarbeiter.

Im Berichtsjahr wurden 10.602 Millionen Spiele hergestellt gegen 9.660 Millionen im Vorjahr. Die Zunahme beträgt somit 942.000 Spiele oder 9,8 Proz. Für diese günstige Entwicklung ist die stark gesteigerte Herstellung der Spiele zu 25 bis 48 Blättern ausschlaggebend; die Zunahme belief sich bei diesen auf 2.031 Millionen Spiele oder rund 40 Proz. Die Herstellung der Spiele zu 24 oder weniger Blättern.

deren Anteil an der Gesamtproduktion allerdings von geringer Bedeutung ist, hat ebenfalls zugenommen, und zwar um 85.200 Spiele oder 38 Proz. Dagegen ist die Anfertigung von Spielen mit mehr als 48 Blättern, trotz der Einführung neuer Arten, wie der Mah-Jongg-Spiele, zurückgegangen. Die Abnahme beziffert sich auf 1.174 Millionen Spiele oder 27 Proz.

Der Spielkartenabfuhr ist im ganzen ebenfalls gestiegen. Er hat 8.819 Millionen betragen gegen 8.509 Millionen im Vorjahr. Die Zunahme beträgt demnach 310.000 Spiele oder 3,6 Proz. Die Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes für die Erzeugnisse der Spielkartenindustrie hat sich in den letzten beiden Jahren so gehoben, daß das Spielkartengewerbe jetzt wieder in der Hauptsache für den inländischen Bedarf arbeitet. Auf den inländischen Abfuhr entfielen im Berichtsjahr 5.967 Millionen Spiele gegenüber 4.653 Millionen oder 28,2 Proz. Die Zahl der im Inland abgesetzten verfeuertierten Spiele betrug 1925 5.967 Millionen Spiele, gegenüber 4.653 Millionen im Vorjahre. Die Ausfuhr ist wieder fast auf den Stand von 1913 zurückgegangen, nachdem sie in den Inflationsjahren stark gestiegen war. X.

Und nochmals „Doppelverdiener“.

Als Entgegnung zu dem Artikel „Doppelverdiener“ in Nr. 44 der „Buchbinder-Zeitung“ erlaube ich mir folgendes zu sagen:

Es wird uns verheirateten Frauen das Arbeiten in den Betrieben so erschwert, daß wohl jeder Kollege die „Kaffjäger“ verzeiht und sie lieber ruhig in ihren vier Pfählen bleibe, als sich den Angriffen der Kollegen auszuliefern. Es wird auch in diesem Punkt, wie immer, einseitig geurteilt. Die Frau ist verheiratet, folglich hat sie zu Hause zu bleiben. Es kann aber niemand über die Verhältnisse des anderen urteilen, und es ist auch nicht jedem gegeben, seine Verhältnisse in die Dessenlichkeit zu bringen. Ich war auch einmal ledig und dachte es mir schön, zu Hause zu bleiben. Aber es kommt meistens anders. Fast alle Kolleginnen, die als Mädchen so reden, ändern ihre Meinung, sobald sie einen eigenen Herd haben. Vor allen Dingen in heutiger Zeit. Im Krieg geheiratet, wurde nur das Nötigste angeschafft. Man arbeitete jahrelang, um die Schulden zu bezahlen. Dann Wäscheanschaffungen. Der Mann war durch die Kriegsjahre vollständig abgerissen. Er mußte vollständig neu eingekleidet werden. Dazu minimaler Lohn und die Unterstützung nicht erwerbsfähiger Familienmitglieder. Ist es da einer Frau zu verdenken, wenn sie, was in ihren Kräften steht, versucht, um die Familie zu unterstützen? Ja, es sind so viele arbeitslos, aber ob denen damit gedient ist, wenn man die Frau aus dem Betrieb verjagt? Wenn verheiratete Frauen entlassen werden, dann wird nur sehr selten Ersatz dafür eingestellt. In meinem Fall war es so. Mein Mann kam aus dem Felde, wir hatten Kriegstraumung gemacht, und kaum war er vier Wochen in Arbeit, da ging die Heckerlei los. Wir waren damals acht Kolleginnen in Akkord und verdienten ganz gut. Da hieß es, ich als Frau brauchte nicht zu arbeiten. Das ging so lange, bis ich aufhörte und der Erfolg war: Die Hebriggeliebten teilten sich meine Arbeit, verdienten dementsprechend mehr und ich sah zu Hause mit Abzahlungsschulden, so daß ich nicht wußte, woher ich das Geld nehmen sollte, um allem gerecht zu werden. Es waren das ledige Kolleginnen, die bei den Eltern wohnten. Wer stand in diesem Fall wirtschaftlich schlechter? Jetzt ist es fast ebenso. Der verheirateten Kollegin wird das Arbeiten verleidet. Ich verdiene mit meinem Mann zusammen soviel, wie die Akkordarbeiter in unserem Betrieb. Bei jeder Gelegenheit heißt es, ja, wo Mann und Frau verdienen. — Es ist doch widersinnig. Wenn ledige Kolleginnen 40—60 Mk. verdienen, wie es bei uns der Fall ist, haben sie doch kein Recht, so zu reden, wenn Mann und Frau zusammen fast soviel verdienen und einen Haushalt mit allen Sachen zu bestreiten haben. Als ich die Kolleginnen darauf aufmerksam machte, gaben sie mir zur Antwort: „Ja, wir können mit dem Geld nicht auskommen, für 30 Mk., so wie Sie, würden wir nicht arbeiten. Sind denn die Akkordkolleginnen eine andere Kategorie von Menschen? Und dann die Kollegen! Fast jede ihrer Frauen arbeitet als Näherin, Reinemacherin und dergleichen. Aber was für Spitzen muß man hören. Ein Kollege gab mir zur Antwort, seine Frau arbeite ja nicht im Betrieb, sie nähe ja nur zu Hause und verdient ja lange nicht so viel. Aber jeder doch nach seinen Fähigkeiten. Wenn ich falzen gelernt habe, kann ich nicht Wäsche nähen und im Grunde genommen ist es doch dasselbe. Als Heimarbeiterin nehme ich doch auch anderen die Arbeit fort und bin doch noch eine Schmuckkonturrenz der Schneiderin.“ dg-Berlin.



UNSERE JUGEND



Tu' deine Pflicht!

Scheu du die kleine Arbeit nie,
und wenn sie auch gering erscheint —
auch wenn sie ganz entfernt nicht ist,
was du gewollt, was du gemeint.

Denn jede Mühe, die vollbracht,
auch irgendwo nur Hilfe bringt,
ist eines braven Menschen wert,
der mit ihr kämpft und sie bezwingt,

Und jede Leistung, noch so klein,
erscheint sie auch ganz unbegehr
und keinem andern etwas nützlich,
ist mehr als alles Nichtstun wert.

Drum sei auf deine Arbeit stolz
und freu dich, wenn du deine Pflicht
nach besten Kräften hast erfüllt,
denn mehr ist auch der Größte nicht.
F. S.

Un're Jugendbewegung.

Unsere Jugendbewegung steckt noch tief in den Kinderstufen, ihre große Bedeutung wird von unserer Kollegenschaft viel zu wenig anerkannt und gewürdigt. Nach der amtlichen Berufs- und Gewerbebezahlung von 1907 wurden nicht weniger als 12 746 = 14,9 Proz. jugendliche Berufsangehörige ermittelt, die unter 16 Jahre alt waren. Heute müssen wir jedoch mit mindestens 20 000 Jugendlichen im Alter bis 18 Jahre in unserem Beruf rechnen und wenn wir bedenken, daß diese Massen demalst unser Erbe antreten sollen, daß wir ihnen das anzuvertrauen haben, was wir in jahrzehntelangem Ringen uns mühsam Schritt für Schritt erkämpft, daß sie den Kampf um die Befreiung des Proletariats zielbewußt und siegreich weiterführen sollen, dann darf uns keine Mühe und Arbeit zu schwer sein, um die Massen der Jugendlichen für diesen Kampf vorzubereiten.

Ansätze dazu sind wohl vereinzelt vorhanden. Als Ganzes gesehen kann unsere Jugendbewegung jedoch keineswegs befriedigen. Nach den aufschlußreichen Mitteilungen darüber in unserem letzten Jahresbericht hatten wir unter den 50 000 Mitgliedern am Schluß des Jahres nur 6187 = 12 Proz. Jugendliche, und zwar 4778 weibliche und 1409 männliche. Die große Mehrzahl von diesen, nämlich 4200 oder 68 Proz. entfallen auf zehn unserer größten Zahlstellen, und zwar auf

Leipzig	1136	Stuttgart	259
Berlin	871	Hannover	245
Dresden	424	Frankfurt a. M.	239
Hamburg	310	München	229
Bielefeld	269	Karlsruhe	220

Nach trotz der relativ hohen Zahl von jugendlichen Mitgliedern sind weder in Hannover noch in Frankfurt a. M., Karlsruhe und Stuttgart besondere Jugendabteilungen vorhanden. Ingesamt konnte man nach den letzten Berichten nur in etwa zehn bis zwölf Zahlstellen von einer besonderen Jugendbewegung sprechen, die rund 500, also nur 8 Proz. der jugendlichen Mitglieder umfaßt. Einige größere Zahlstellen, wie Karlsruhe und Lahr, haben von der Gründung Abstand genommen, da die Jugend dort durch die Driskartelle bereits zusammengeschlossen ist. In 31 Zahlstellen wurden im letzten Jahre besondere Veranstaltungen, und zwar 172

Jugendversammlungen und 103 Ausflüge, Exkursionen u. a. arrangiert. Die meisten dieser Veranstaltungen, nämlich 105, entfielen auf den Gau Sachsen bzw. Chemnitz, dann folgt Gau Magdeburg mit 74 und Gau Nordosten mit 32 Versammlungen, Exkursionen usw.

Das sind gewiß alles schon ganz schöne und achtunggebende Zahlen. Auch die Vortragsthemen dieser Versammlungen zeugen deutlich von dem Ernst des Strebens. Aber als Ganzes genommen kann uns die Jugendbewegung in unserem Verbandsgebiet keineswegs befriedigen. Nur in zehn bis zwölf Zahlstellen bestehen Jugendabteilungen und mindestens in vier- bis fünfmal so viel Zahlstellen müßten solche vorhanden sein. Daß bei einigermaßen gutem Willen auch in kleineren Zahlstellen sehr wohl eine Jugendbewegung entfaltet werden kann, beweisen unsere beiden Zahlstellen Halberstadt und Darmstadt, in denen zum Teil seit Jahren in vorbildlicher Weise auf diesem Gebiet gearbeitet wird. Neuerdings scheint man sich auch in Hamburg und Bremen mit einigem Erfolg um die Jugendbewegung zu bemühen.

Bei aller Anerkennung dessen, was einzelne Zahlstellen bisher auf diesem Gebiet geleistet haben, muß trotzdem mit allem Nachdruck betont werden, daß es so wie bisher in vielen unserer größeren Zahlstellen nicht weitergehen darf. Es soll durchaus nicht bestritten werden, daß sich die Interessen der älteren Kollegenschaft mit den Jugendlichen vielfach berühren und man daher gut tut, bei der Erörterung gleichlaufender Probleme nicht den einen Teil auszuschalten. Andererseits darf aber nicht verkannt werden, daß die Jugend sich freier und wohler unter ihresgleichen fühlt. Will man daher die Jugend dauernd zusammenhalten und Einfluß auf sie gewinnen, dann kommt man nicht umhin, sie in besonderen Jugendabteilungen zusammenzufassen.

Aber noch andere Gründe sprechen für die Gründung und Pflege besonderer Jugendabteilungen: Das Gebiet der sozialen Gesetzgebung — und die damit in Verbindung stehenden Probleme der Zeit — ist ein so ungeheuer großer Fragenkomplex und die Stellung der Jugendlichen nimmt in diesen einen solch immensen Umfang ein, daß man besser tut, zunächst die Jugend mit den Bestimmungen vertraut zu machen, die für sie besonders in Frage kommen. Wenn wir dann weiter noch in Betracht ziehen, mit welcher ungeheuren Anstrengungen Unternehmer, Sportvereine u. dgl. sich um die Gewinnung der Jugendlichen bemühen, um sie in ihren Bannkreis zu ziehen, dann kann und darf man sich nicht länger der Erkenntnis verschließen, mehr als bisher dieses Gebiet zu pflegen. Sorgen wir daher eifrig dafür, daß aus den 500 jugendlichen Mitgliedern unserer Jugendabteilungen bald 5000 werden. X.

Schutz der arbeitenden Jugend.

(IOB.) Die Gewerkschaftsbewegung aller Länder vertritt nicht nur die Interessen der erwachsenen Mitglieder, sondern auch die der jugendlichen Arbeiter ohne Rücksicht darauf, ob diese bereits in die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft eingereiht sind oder nicht. Die Jugendlichen von heute werden Kämpfer der Zukunft sein

und die Gewerkschaften haben ein großes Interesse daran, ihnen durch Schutz vor Ausbeutung die beste körperliche und geistige Entwicklung zu ermöglichen.

Der zweite Internationale sozialistische Jugendkongress hat eine Entschliessung in diesem Sinne gefaßt, durch die das vertrauensvolle Zusammenarbeiten zwischen Erwachsenen und Jugendlichen gefördert werden soll. In dieser Entschliessung heißt es:

„Die internationale Lehrkrise, die sich in vielen Berufen in einem Ueberangebot an Lehrstellenbewerbern, in einzelnen Berufen in einem Mangel an Berufsbewerbern, allgemein jedoch in einer unzulänglichen Ausbildung und in unzureichendem Schutz der Lehrlinge und Jugendlichen äußert, erfordert die größte Beachtung der Arbeiter- und Jugendorganisationen.

Zu diesem Zweck lenkt der Kongress der Sozialistischen Jugendinternationale die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf folgende dringende Mindestforderungen der erwerbsfähigen Jugend:

1. Ratifizierung, Ausführung und Erweiterung der von den Internationalen Arbeitskonferenzen beschlossenen Abkommen und Empfehlungen, insbesondere derjenigen Bestimmungen, die sich auf den Schutz der jugendlichen Arbeiterschaft beziehen.
2. Elementarschulpflicht bis zu Beginn der zulässigen Erwerbsarbeit. Einführung und Reform des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts.
3. Gesetzliche Festlegung einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 48 Stunden bzw. Sicherung des Achtstundentages, soweit nicht eine günstigere gesetzliche Regelung besteht.
4. Gewährung eines gesetzlichen Erholungsurlaubs für Jugendliche bis zum 18. Lebensjahre.
5. Fürsorge für arbeitslose Jugendliche.
6. Organisation und Ausbau der Berufsberatung.
7. Kontrolle des Lehrlingswesens durch Lehrlings- und Jugendinspektoren aus dem Stande der Arbeiter.

Die sozialistischen Parteien und Gewerkschaftszentralen der einzelnen Länder wurden gleichzeitig ersucht, durch ihre Parlamentsrationen Anträge im Sinne der vorstehenden Mindestforderungen einzubringen.

Der Kongress forderte die einzelnen Verbände auf, zur erfolgreichen Organisation des praktischen Jugend- und Lehrlingsverhältnisses dahin zu wirken, daß entsprechend der Verhältnisse in den Ländern Komitees geschaffen werden, die aus Vertretern der Partei, Gewerkschafts- und sozialistischen sowie gewerkschaftlichen Jugendzentralen bestehen sollen. Diese Komitees hätten vor allem die praktische Arbeit auf dem Gebiete des Lehrlingschutzes zu organisieren und das Interesse für die Forderungen der Jugend in den Reihen der Arbeiterschaft zu wecken und zu stärken.

Wenn die Landesverbände den Grundfäden dieses Beschlusses entsprechend handeln, dann wird es unzweifelhaft gelingen, der arbeitenden Jugend ein Minimum an sozialpolitischem Schutz zu sichern und die wirtschaftliche Kraft der Arbeiterschaft als den entscheidenden Faktor der Gemeinwirtschaft zu stärken.

Vom Selbststudium.

L. P. Rein Geringerer als Wilhelm Liebknecht, einer der ersten Führer der politisch organisierten Arbeiterschaft, prägte einst den Ausspruch: Wissen ist Macht! Nur in der geistigen Ueberlegenheit der Mitglieder der proletarischen Klasse gegenüber den kapitalistischen Herrschern kann diesen die Macht, die sie im Interesse der Erhaltung ihres Eigentums ausüben, entwunden werden. Es gehört zur Aufgabe der jungen proletarischen Generation, sich Wissen und damit geistige Ueberlegenheit anzueignen, um an dem Bau einer neuen Welt mitarbeiten zu können. Denn sie soll ja der Träger eines neuen, des sozialistischen Gesellschaftsgebäudes sein, in dem es weder Reiche noch Arme gibt, in dem nicht mehr die Besitzenden die anderen, die nichts ihr eigen nennen, ausbeuten, sondern in dem die Menschen ein Volk von Gleichgestellten sind. Denn die Wissenden sind die Herrschenden!

Die Jugend der Arbeiterklasse kann sich nicht wie die Jugend der besitzenden Schicht auf höheren Schulen und Universitäten in zehn, fünfzehn und noch mehr Schuljahren von den Herren Professoren das Wissen einpauken lassen, da sie das Unglück hatten, als armer Leute Kinder geboren zu werden. Das Arbeiterkind muß die Volksschule besuchen, den Bildungserfolg für die Ausgebeuteten. Und in dieser Schule wird ihm sein geistiger Horizont nicht allzusehr geweitet; jedenfalls nur so weit, um sich als ein brauchbarer Arbeiter bei einem Unternehmer verbinden zu können.

Um sich durch Selbststudium Wissen anzueignen, bedarf es einer großen Fähigkeit und Ausdauer. Die Unwissenheit, mit der der Jugendliche ins Leben tritt, ist das erste Hindernis beim Selbststudium. Er ist wohl in der Volksschule darauf gedrillt worden, das kleine und große Einmaleins, die Trompete von Bionville und Gottes zehn Gebote herleiten zu können. Seine geistige Regsamkeit, die ihm auf Grund seiner Jugend eigen war, ist auf Kosten des gedankenlosen Auswendiglernens getötet worden. Man lehrte ihn nicht, über den Alltag hinauszusehen und sich in der Erfassung geistiger Probleme zu üben.

Das zweite Hindernis beim Selbststudium des Jugendlichen ist die schwere körperliche Arbeit, die er während des Tages in der Fabrik, Werkstatt und im Geschäft zu verrichten hat. Abgespannt kommt der Jugendliche nach Hause und ist dann froh, sich dem Nichtstun überlassen zu dürfen.

Auf wenig Freizeit und auf körperliche Müdigkeit soll sich nun das Selbststudium aufbauen. Doch die große Lücke in unserem Wissen muß ausgefüllt werden. Will man etwas erreichen, dann darf man auch die Schmerzen nicht scheuen. Vor allem heißt es, die Freizeit nicht zu verschleudern; man muß sie auf die zweckmäßigste Art ausnützen. Das Selbststudium darf auch nicht ziellos, sondern hat planvoll zu geschehen. Die Aufstellung eines Arbeitsplanes ist unbedingt notwendig; von wissenden Menschen kann man sich dabei belehren lassen. Nicht mit den schwierigen, sondern bei den einfachen Problemen hat man anzupacken. Bei einigermaßen systematischer Gliederung und Intelligenz ist dann der Weg frei, um zu dem Schwierigsten vordringen zu können. Doch ist es nicht gut, über das Maß der eigenen Kraft hinaus zu lernen, also bei geistiger Müdigkeit. Hierbei wird das Gelesene oder Gelernte zwecklos, da man nicht behält. Man darf auch seinen Stolz nicht darin sehen, möglichst viele Bücher zu „fressen“. Nichts ist schädlicher! Dadurch eignet man sich nur Oberflächlichkeit an. Wenn

man schon Selbststudium treibt, dann soll man dabei auch gründlich sein. Jeder lernende Jugendliche soll sich den Spruch des Philosophen Schopenhauer im Gedächtnis halten: „Nicht vielerlei, sondern viel; d. h. wenig, aber dieses wenige um so gründlicher.“ Dies vertieft, während das Gegenteil nur zerflattert und verflacht.

Der Lernende darf sich auch nicht absondern. Mit dem Freunde, in Arbeitsgemeinschaften usw. soll man das Gelernte ernsthaft diskutieren. Denn das Diskutieren um ein Problem macht das Problem klar. Ist diese Möglichkeit nicht gegeben, dann muß man sich eben mit dem Problem allein auseinandersetzen. So kann man auch auf dem Weg zur Arbeitsstelle Gedanken des kürzlich Studierten herausgreifen und sich mit ihnen beschäftigen. Man wiederhole innerlich, auch laut, teile und ordne es.

Auf diese Weise haben sich viele berühmte Männer und Führer der Arbeiterschaft große Kenntnisse angeeignet. Natürlich werden für den Anfänger alle diese gutgemeinten Rufe nicht leicht zu beachten und auszuführen sein. Doch kein hilfloses Klagen! Wenn auch aller Anfang schwer ist, das Schwere ist bald überwunden und der Erfolg der Mühe und Arbeit wird nicht ausbleiben. Es wird und muß gehen! Wenn auch der Weg zu den Sternen grau ist, doch wir wollen zu den Sternen!

Vorschläge für die Arbeit unserer Jugendgruppen.

Für unsere Lehrlinge und Jugendlichen wird leider nur zu wenig getan. Das liegt einzig und allein nur an den Ortsverwaltungen und an den für die Organisation der Lehrlinge geeigneten und darum dazu berufenen Mitgliedern. Wie soll eigentlich die Lehrlingsorganisation in den einzelnen Zahlstellen beschaffen sein? Ich will versuchen, hier einige Anhaltspunkte zu geben, die vielleicht von Nutzen sein können. Vor allen Dingen muß ein festes Programm aufgestellt und an alle Lehrlinge verteilt werden. Auf dessen Ausstattung muß die größte Sorgfalt verwendet werden. Es muß reichhaltig und abwechslungsreich sein, es darf nicht nur Vorträge enthalten, die die jungen Leute langweilen. Das berufliche Interesse muß vor allen Dingen gewekt werden, weshalb nicht zu veräußen ist, alle Monat einmal einen Diskussionsabend einzuschalten, auf dem jedem die Gelegenheit geboten ist, die eine oder andere Frage zu stellen. Dann darf nicht veräußen werden, genügend Aufklärung über die Gewerkschaft im allgemeinen zu schaffen. Die Lehrlinge müssen wissen, was ein Verband ist. Eine Norm für die Vorträge kann nicht aufgestellt werden, das hat sich nach den örtlichen Verhältnissen zu richten. Berufliche und sonstige leicht verständliche Vorträge sind im allgemeinen vorzuziehen. Auch ist es angebracht, Vorträge über berühmte Männer (auch Fachmänner, wie Paul Adam-Düsseldorf usw.) oder über Gebräuche der Handwerker in früherer Zeit und auch ab und zu humoristische Vorträge zu halten. Sind mehrere musiktiebende Lehrlinge am Ort, dann kann auch unterföndiger Leitung eine kleine Kapelle gegründet werden, die dann bei geselligen Unterhaltungen mitwirken kann. Auch müssen einige Gesellschaftsspiele vorhanden sein, damit sich der eine oder andere an den langen Winterabenden bei den Zusammenkünften die Zeit damit vertreiben kann. Im Sommer sind Ausflüge zu machen, die jedoch nicht mit Kosten verbunden sein dürfen. Es darf auch nicht veräußen werden, Besichtigungen von Papierfabriken oder sonstiger in das papierverarbeitende Gewerbe einschlagende Betriebe vorzunehmen. Die Unkosten müßten mindestens zum größeren Teil von den Ortsverwaltungen getragen werden.

Die Hauptsache bei allem jedoch ist, für die Leitung der Jugendlichen und Lehrlinge die richtigen Kollegen zu finden, die auch mit den jungen Menschen mitzugehen verstehen und für sie Verständnis haben. Ein unrechtes Wort kann einen Menschen ungesympathisch machen. Der Leiter der Lehrlings-

Jugendabteilung muß ein Freund und Führer der Jugend sein können. „Ein Freund soll eine Seele in zwei Körpern sein.“ Der Leiter darf sich nicht erheben fühlen, denn sonst gewinnt er das Vertrauen der Jugendlichen nicht. Auch muß man darauf achten, daß in der Person des Leiters kein allzu häufiger Wechsel vorgenommen wird, denn sonst werden die Lehrlinge und Jugendlichen in der Jugendgruppe nicht „warm“. Wenn der Leiter Lust und Liebe zu seiner Sache hat, dann steht ihm auch ein gutes Gelingen in Aussicht.

Wir müssen für unsere Lehrlinge entschieden viel mehr tun. Sehen wir doch andere Organisationen an, z. B. die Buchdrucker. Einwände, daß diese Organisation mehr Geld als wir hat, darf man nicht gelten lassen, denn man kann eine Sache auch mit wenig Kosten organisieren, wenn der gute Wille vorhanden ist, und wo ein Wille, da ist auch ein Weg. Die jungen Leute unseres Berufs müssen unter Gleichgesinnte und von der Straße weg kommen. Wer mit offenen Augen durch die Straße geht, sieht oft Dinge, die direkt abschrecken. Junge Burschen gehen „spazieren“ mit der Zigarette im Mund. Wie schädlich das für sie ist, wissen die meisten nicht. Sollten sich solche Dinge in der Gruppe bemerkbar machen, dann hat man gleich wieder ein neues Vortragsthema. Auch wenn das nicht der Fall sein sollte, ist es gut, wenn auch gesundheitliche Vorträge gehalten werden.

Da selten länger als bis 6 Uhr gearbeitet wird, kann man die Zusammenkünfte ruhig auf 1/8 Uhr festsetzen und dann um 9 oder 1/10 Uhr Schluss machen, damit die jungen Leute beizeiten nach Hause kommen und am anderen Morgen wieder frisch und munter bei der Arbeit sind. Dann hat das abends Gehörte auch mehr Einfluß auf den jugendlichen Geist, da er nicht zu sehr ermüdet ist.

Ich hoffe, mit diesen Vorschlägen der Sache etwas gebient zu haben. Und nun: Frisch ans Werk, die Pflicht erfordert es, mit Ausdauer und gutem Willen geht es dann bald vorwärts. F. H.

Jugendarbeit in Magdeburg.

Die Jugendabteilungen der graphischen Berufe fanden sich am 14. Oktober zusammen, um ein graphisches Jugendkartell zu gründen. Der Besuch war von allen Organisationen ein guter. Mit Musik einer erst kürzlich ins Leben gerufenen Musikgruppe der gesamten graphischen Jugend und mit Liedern eines Chores der Arbeiterjugend wurde diese Veranstaltung eröffnet. Nach einem Prolog hielt Kollege Belgett, Vorsitzender des Verbandes der Buchdrucker, einen Vortrag, in dem er zunächst auf den Kampf hinwies, den die Verbände führen müßten, bevor sie überhaupt als Wirtschaftsfaktoren anerkannt wurden. Er stellte dazu in Bergleich, wie leicht es heute für unsere Jugend ist, schon als Lehrlinge mitarbeiten zu können. Redner ging dann zu dem Thema über „Was will das graphische Jugendkartell?“ Es will die gesamte Jugend des graphischen Berufes zusammenführen, um gemeinsam die Forderungen der Jugendlichen besser vertreten zu können. Aber nicht nur rein materielle Gründe sollen uns zusammenführen, sondern Sport und gemeinsame Bildungsbestrebungen sollen neben der weiteren Ausbildung im Beruf in unserem Jugendkartell eine gemeinsame Pflanzstätte finden. Die Zustimmung der Ortsverwaltungen zu den Bestrebungen der Jugend sprach Redner gleichfalls aus.

In der folgenden Diskussion kamen die Vertreter der graphischen Berufe zum Wort. Sie alle begrüßten den Zusammenschluß. Von der Reith wies auf den immer engeren Zusammenschluß der Unternehmer hin und sprach die Hoffnung aus, daß die heutige Gründung dazu beitragen möge, daß von unten herauf der Vereinigung der vier graphischen Organisationen der Weg bereitet werde. Von allen Rednern erging der Ruf besonders an die jugendlichen weltlichen Mitglieder, sich reger an den Veranstaltungen zu beteiligen.

Bei der folgenden Vorstandswahl wurde von jedem der vier Organisationen ein Vertreter gewählt. Vorsitzender wurde Mathes vom Verband der Buchdrucker, unser Kollege Flegel Schriftführer. Wieder und Länge, die allgemein großen Anklang fanden, wurden zum Schluss von der Arbeiterjugend durchgeführt.

Schlesisches Mosais.

Ein treuer Knecht war Fridolin!

Der Tarifstreit in Brieg und dessen Begleiterscheinungen haben am 30. Oktober wiederum das Gewerbegericht in Brieg beschäftigt. Die Klagen unserer Kollegen und Kolleginnen gegen die Firma W. Löwenthal, in denen einseitlich die Kündigungen bestritten und andernteils deren Rechtsgültigkeit angefochten wurde, kamen noch nicht zum Abschluß. Generaldirektor W. Löwenthal will auf seinen Eid nehmen, daß er den Klägern ernstlich und nicht nur zum Schein gekündigt hat. Ein klagendes Betriebsratsmitglied siegte gegen ihn ob.

Dann kamen die vom Arbeiterrat der Firma T. I. Heinze beim Arbeitsegericht anhängig gemachten Einspruchsklagen gegen die Kündigungen von 30 Arbeitnehmern zur Verhandlung. Das Gewerbegericht ließ den später erfolgten Eintritt der Gemahregelten in das Prozeßverfahren nicht zu. Nicht der alte, sondern der inzwischen neu gewählte Arbeiterrat wurde vom Gericht zur Fortführung des Prozesses als legitimiert erklärt. Dieser neue Arbeiterrat hatte aber indessen schon ein Schreiben folgenden Wortlauts an das Gewerbegericht überandt:

„Dem Gewerbegericht zur Kenntnismahme wird laut Beschluß des Arbeiterrats der Fa. T. I. Heinze beiliegende Abschrift des Protokolls vom 4. Oktober 1926 stattgefundenen Sitzung zugesandt.“

Brieg, den 5. Oktober 1926.

gez. W. Hentschel, Vors. des Arbeiterrates.

Abschrift.

Bei den Verhandlungen vor dem Gewerbegericht am 18. September 1926 (in Sachen des Arbeiterrates der Firma T. I. Heinze gegen die Lehthgenannte, betreffs Weiterbeschäftigung von 36 Arbeitnehmern usw.), die wieder mal vertagt wurden, ist vom Vorsitzenden des Gewerbegerichts gefagt worden, daß zu den nächsten Verhandlungen der neue Arbeiterrat geladen werden müsse. Dies gab dem derzeitigen Arbeiterrat Veranlassung, die heutige Sitzung abzuhalten, die vom Vorsitzenden am 30. September 1926 mit folgender Tagesordnung einberufen wurde:

Uebernahme oder Ablehnung des vom früheren Arbeiterrat beim hiesigen Gewerbegericht anhängigen Prozesses.

Der vollzählig anwesende Arbeiterrat besahte sich eingehend mit dieser Frage und fahte schließlich nach längerer Aussprache den Beschluß, die Uebernahme dieses ausichtslosen Prozesses abzulehnen mit der Begründung, daß bei der damaligen Betriebsstilllegung alle Arbeitnehmer entlassen wurden und die Firma somit keine Ausnahme machen konnte.

Gleichzeitig wurde beschloffen, dem hiesigen Gewerbegericht eine Abschrift dieses Protokolls zu übersenden.

gez. W. Hentschel, Vors. des Arbeiterrates der Firma T. I. Heinze.

gez. R. Bittel, Schriftführer

Am Termin gab der Vorsitzende des Arbeiterrates nur die Erklärung ab, daß er die Klage im Auftrage des Arbeiterrates zurücknimmt.

Aus wessen Feder die schriftliche Erklärung des Arbeiterrates geflossen ist, kann man auf den ersten Blick erkennen. Wehe dem Lohnsklaven, der sich gewiegt hätte, als Arbeiterrat diesen „Beschluß“ zu unterschreiben und damit die Willensäußerung des Unternehmers zu der seinigen zu machen!

Die Gelben wissen, wozu sie da sind!

Am Anfang voriger Woche berief der Vorsitzende des gelben Wertvereins bei Loewenthal nach vorausgegangener Vertreterkonferenz die Belegschaft zu einer Versammlung zusammen. Den Zweck derselben erläuterte er dahin, daß einmal Klarheit geschaffen werden müsse darüber, wie die Belegschaft zum Buchbinderverband stehe. Der Buchbinderverband lasse den Betrieb nicht in Ruhe. Die fortgesetzten Gerichtsverhandlungen beschäftigten andauernd die Geschäftsleitung wie die Belegschaft, so daß beide nicht zu fruchtbringender produktiver Arbeit kommen könnten. Das Schlüsselmittel aber sei, daß auf Betreiben des Verbandes jetzt ein Schlichtungsverfahren eingeleitet worden sei mit dem Ziele, den Reichstarif durchzuführen. Der Reichstarif sei aber für den Betrieb nicht tragbar. Das müßte jedes

Belegschaftsmitglied wissen. Seine Einführung würde neue Entlassungen erforderlich machen. Seines Wissens habe der Verband noch etwa 60 Anhänger im Betriebe. Deren Willkürereien müßten unterbunden werden. Der Belegschaft muß daran gelegen sein, mit der Geschäftsleitung in Frieden zu leben. Er würde deshalb in den nächsten Tagen Listen in Umlauf setzen, in die sich jeder einzuschreiben und dabei anzugeben hat, ob er für oder gegen die Einführung des Reichstarifes ist.

Man merkt auch hier wieder die bestellte Arbeit. Der Umstand, daß die Versammlung am Vormittag in der dritten Arbeitsstunde vor sich ging, ist Beweis genug dafür, daß sie mit Wissen und Veranlassung der Geschäftsleitung arrangiert worden ist.

Das Ergebnis der Umfrage will die Firma W. Loewenthal A.-G. bei den kommenden Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß vermerten. Die der Belegschaft abgeforderte Erklärung soll dazu dienen, einen Schiedspruch des Schlichtungsausschusses zu verhindern, der eine dem Reichstarif sich nähernde Lohnregelung bringen könnte. Wir hoffen, daß der Schlichtungsausschuß derartigen terroristischen Machwerken keinen Wert beimessen wird.

Inzwischen läuft aber der Direktor Urban geschäftig im Betrieb herum, um den Leuten in die Ohren zu raunen, daß Herr Loewenthal bald von seiner Hochzeitsreise aus Italien zurückkehren und der Belegschaft ein schönes Geschenk mitbringen wird, das in einer erheblichen Annäherung der Löhne des Haustarifs an die des Reichstarifs bestehen soll. Wenn darauf nur etwas zu geben wäre. In der Regel haben sich derartige Prophezeiungen des Direktors immer als eitter Dunst erwiesen.

Dem Verdienste keine Krone.

Der Umstand, daß die Mitglieder unseres Verbandes erhobenen Klagen bis auf die drei gemahregelten Betriebsratsmitglieder nunmehr vom Gewerbegericht zum Teil entschieden, zum anderen Teil zurückgenommen sind, gab Herrn Rudolf Heinze Veranlassung, seine Belegschaft mit einer Botschaft zu beglücken. Diese wurde auf dem üblichen Wege des Aushanges an der Fabriktafel bekanntgemacht. In dieser Botschaft wird gesagt, daß der Buchbinderverband mit allen seinen Klagen nicht durchgekommen sei. Das Gericht habe durchweg zu seinen, des Herrn Heinze, Günsten entschieden. Durch das rückichtslose Vorgehen des Buchbinderverbandes lägen jetzt dessen Anhänger auf der Strahe.

Nach dem Aushang scheint aber unser Verband doch noch nicht ganz tot zu sein, denn Herr Heinze will den Kampf gegen diesen noch fortführen. Doch allein kann er das nicht, deshalb soll sich seine Belegschaft geschlossen hinter ihn stellen. Für die vertrauensvolle Gesolgshaft verspricht er der Belegschaft eine Lohnerhöhung. Diese wäre schon längst gewährt worden, wenn die Treibereien des Verbandes ihn, Herrn Rudolf Heinze, bisher nicht daran gehindert hätten.

Der strahlende Glanz des „Siegertranzes“, in dem sich Herr Rudolf Heinze seiner treuen Belegschaft vorstellt, erscheint uns denn doch gar zu matt. Vor allem der Ausgang der Einspruchsklagen überzieht den Glanz des Siegertranzes mit einem widerlichen Schleim, zusammengemischt von brutalem Unternehmerterror und knechtlicher Unterwürfigkeit einer wirtschaftsfeindlichen Arbeitervereingung. Denn es ist bekannt — und die Borgänge bei T. I. Heinze sind in Brieg schon lange Stadtgespräch —, daß die Einspruchsklagen vom neu gewählten Arbeiterrat, der aus Gelben besteht, auf Geheiß ihres Herrn und Gebieters zurückgenommen worden sind.

Herr Heinze beliebt es so darzustellen, als ob er von unserem Verbands angefallen worden wäre. In Wirklichkeit hat er den Kampf eröffnet. Zum Zweite der Umgehung des im Betriebsrätegesetz vorgesehenen Entlassungsschutzes der Arbeitnehmer hat er im Februar die achtstägige Betriebsstilllegung vorgenommen. Nur die Allgemeinverbindlichkeit des Reichstarifes war das einzige wirtschaftliche Motiv zur Stilllegung. Alle anderen wirtschaftlichen Gründe zwangen Herrn Heinze dazu, die Betriebsstilllegung auf eine Woche zu beschränken, nicht aber dazu, sie vorzunehmen. Wenn sich Herr Heinze in Gemeinschaft mit seiner Belegschaft stark genug fühlt, den von ihm eröffneten Kampf mit unserem Verbands fortzusetzen, dann nur deshalb, weil das Arbeitsverhältnis der Belegschaft

dieser Firma kein Rechtsverhältnis, sondern ein Machtverhältnis ist. Nur deshalb kann der Unternehmerterror ungehindert fortwäuten. Doch, Herr Heinze, wie kann man, wenn man sich mit dem Verband als im Kampfzustand befindlich fühlt, das Schlichtungsverfahren mit dem Hinweis bekämpfen, es bestehe keine Streitigkeit, die ein Schlichtungsverfahren erfordere?

Das Kunden von Schachtelzargen-, Hülsen- und Rohmaterial.

Zur Borrundung der Pappenschnitte für Schachtelzargen, Hülsen und Papprohre in kreisrunde Form wird eine Rundmaschine benutzt, die für Handbetrieb eingerichtet ist (siehe Abbildung 1). Beim Kunden der Pappstreifen bis zu 15 Zentimeter Breite

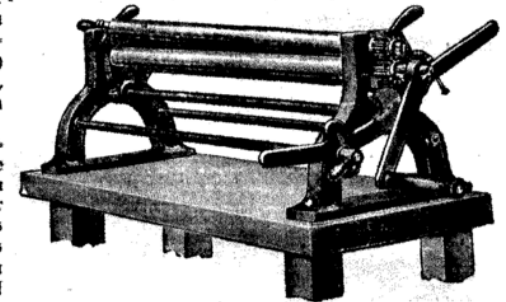


Abbildung 1.

durchlaufen diese drei angeordnete Walzen, wodurch eine vollkommen runde Formgestaltung erreicht wird. Je nach dem Durchmesser des zu rundenden Materials sind die Walzen von Fall zu Fall verstellbar.

Die Oberwalze, die durch einen Tritthebel gehoben und gesenkt werden kann, ist einseitig gelagert, so daß die gerundeten Stücke leicht von der Walze abgezogen werden können. Die vorgenannte Maschine bildet einen Ersatz für den sogenannten Zargenbrennapparat, von dem in Nr. 16 der „Buchbinder-Zeitung“ (Die Herstellung von Schachteln nach dem Zargensystem) die Rede war.

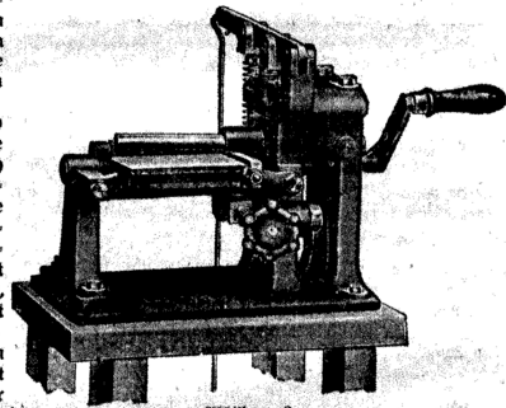


Abbildung 2.

Bei größeren Ausmaßen, bei denen die Arbeitsbreite vorgenannter Maschine nicht mehr ausreicht, kommt eine Rundmaschine für Handbetrieb, wie durch Abbildung 2 veranschaulicht, in Frage. Hierauf können Hülsen und Rohre bis zu einer Länge von etwa 120 Zentimeter vorgerundet werden. Die Walzen sind bei dieser Maschine doppelseitig gelagert. Die Oberwalze ist, um das gerundete Stück leicht abziehen zu können, schwenkbar angeordnet. Im übrigen sind die Walzen für verschiedene Durchmesser verstellbar. Diese Maschine, ein Erzeugnis der Schiffschen Kartonnagen-Maschinen-A.G. Dresden, wird in der Hauptsache dazu benutzt, Rohre, die auf einer Ziehbank gezogen werden sollen, vorzurunden. F. K.

Geliefene Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ gibt man an seine unorganisierten Mitarbeiter weiter.

Internationales.

Ungarn. Mit Ende 1926 läuft der zurzeit geltende Tarifvertrag für die Buchbindereien usw. ab. Angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage sollen die Unternehmer sich mit der Absicht tragen, die bestehenden Löhne einer bedeutenden Reduktion zu unterziehen. Sie sollen weiter, um die Situation für ihr Vorhaben noch günstiger zu gestalten, große Auflagen Ganzzeilenbände nach Oesterreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in Arbeit geben. Der Versand soll von Budapest aus erfolgen.

Wir bitten unsere Kollegen und Kolleginnen, auf das Auftauchen von Buchbinderarbeiten der besagten Art achten zu wollen und zu veranlassen, daß der zuständigen Orts- und Gauverwaltung sofort entsprechende Mitteilung gemacht wird.

Tschechoslowakei. Der 4. Verbandstag der „Graphischen Union“ fand am 29. und 30. Oktober in Reichenberg statt. Der Verband zählte laut Geschäftsbericht am Ende des Jahres 1925 1414 Mitglieder, davon entfallen auf die Buchbinderei und Kartonnagen-Industrie 672, auf die Stein-druckereien usw. 499, auf das Buchdrucker-gewerbe 158 und auf diverse Gruppen der Papier verarbeitenden Industrie 85 Mitglieder. Die „Graphische Union“ stellt also einen Industrieverband dar, allerdings unter Ausschluß der Buchdrucker. Der Verband hat sich aus der Not der Zeit heraus gebildet, als nach dem Zusammenbruch 1918 Oesterreich zerfiel und die Tschechoslowakei als neues Staatengebilde in Erscheinung trat. Es galt damals, die den österreichischen Verbänden angehörenden Mitglieder in den deutschsprechenden Gebieten zusammenzufassen und sie für die Gewerkschaftsbewegung zu erhalten. Dieser unerläßlichen Aufgabe ist die „Graphische Union“ gerecht geworden in den 8 Jahren ihres Bestehens, und die Verhandlungen des Verbandstages ergaben, daß sie willens ist, an ihrem Teil dazu beizutragen, daß die Fusion mit der Prager Organisation gemäß den durch die beiderseitigen Landesorganisationen getroffenen Abmachungen in die Wege geleitet und zur Durchführung gebracht wird. (Buchbinder-Zeitung Nr. 44, Seite 323, und Gewerkschafts-Zeitung Nr. 41, Seite 581.)

Neben den rein geschäftlichen und organisatorischen Fragen beschäftigten den Verbandstag ganz eingehend die Einfungsverhandlungen der gewerkschaftlichen Organisationen in der Tschechoslowakei. Nach einem vorzüglichen Referat des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Genossen Macoun, in dem in völlig objektiver Form die große Streitfrage von Grund auf behandelt wurde, kam nach kurzer Diskussion nachstehende Entschließung zur Annahme.

„Der IV. ordentliche Verbandstag der „Graphischen Union“ nimmt den Bericht des Vertreters der Zentralgewerkschaftskommission über den Stand der organisatorischen Verhandlungen mit dem Odborové sdružení československých zustimmend zur Kenntnis.

Der Verbandstag bevollmächtigt die Verbandsleitung, nach den Grundsätzen der Vereinbarungen der Gewerkschaftszentralen, insbesondere nach Teil IV der Richtlinien für die Verbände, im gegebenen Zeitpunkte die Verhandlungen mit den dem OSC. angeschlossenen graphischen Verbänden zu führen.“

Wenn nun die Prager Bruderorganisation rückhaltlos bereit ist, dazu beizutragen, daß eine Vereinigung herbeigeführt wird, die weder Sieger noch Besiegte kennt, dürfte der Kampf um die Organisation zum guten Ende geführt und die dadurch freiwerdenden Kräfte dem gemeinsamen Feind, dem erzkonservativen Unternehmertum der Tschechoslowakei, entgegen gestellt werden können.

Die Beiträge und Unterstützungen wurden im Interesse der Mitglieder neu geregelt. Zur weiteren Stärkung des Widerstandsfonds wurde beschlossen, alle Quartale einen Stundenlohn als Extrabeitrag dazuer zu erheben, da bei den künftig zu erwartenden Tarifrevisionen

ernstliche Kämpfe zu befürchten sind, eine gute Kasse jedoch einen starken Rückhalt bietet, durch deren respektablen Bestand den Unternehmern der Kamm nicht allzustark anschwilt. Die Kasse des Verbandes wird außerordentlich stark in Anspruch genommen nicht nur durch die Verbands-Arbeitslosen-Unterstützung, sondern auch durch die vom Staat nach dem „Genter System“ eingeführte Unterstützung der Arbeitslosen. Die Organisation ist nämlich gehalten, die festgelegten Sätze an die Arbeitslosen auszuzahlen, sie für den Staat zu verauslagern. Sie erhält die ausgelegten Beträge sehr verspätet und ohne Zinsvergütung wieder erstattet. Bei der großen Arbeitslosigkeit bedeutet das eine Schwächung des Kassenbestandes, der bei ausbrechenden Streiks oder Aussperrungen für die Organisation verhängnisvoll werden kann.

Der Verbandstag, auf dem die Mitglieder und Ortsgruppen und die Organisationsleitung durch 41 Kollegen vertreten waren und an dem neben den Vertretern der Orts- und Landesorganisationen auch der Kollege Haucisen und vom Senefelderbund Oesterreichs der Kollege Grünwald als Gäste teilnahmen, verlief sehr harmonisch und hat, wenn auch in kleinem Maßstab, den Nachweis erbracht, daß die verschiedenen Berufsgruppen in einem einheitlichen Verband sehr wohl zusammen wirken können, wenn der allseitige gute Wille dazu vorhanden ist. Und an diesem fehlt es bei unseren deutschen Freunden in der Tschechoslowakei sowohl nicht auf dem Verbandstag, als auch nicht in den Ortsgruppen und im gesamten Verbandsleben.

Die Wahlen zu den Verbands-körperschaften vollzogen sich reibungslos und zeugten von einem starken Vertrauen, das die Mitglieder und deren Vertreter zu dem gesamten Funktionärkörper des Verbandes haben. Daß er sich des Vertrauens würdig zeigen wird bei den kommenden Kämpfen und auch in den sich sehr schwierig gestaltenden Verhandlungen um die Einheit der Organisation in der Tschechoslowakischen Republik, das war die Ueberzeugung aller beim Auseinandergehen des Verbandstages.

Berichte.

Bernau. Wer kennt nicht das freundliche märkische Städtchen, dessen mutige Frauen und Mädchen im Dreißigjährigen Kriege verhinderten, daß die Husiten ihren Einzug halten konnten? Wenn die jetzigen Bewohner, und speziell die arbeitende Bevölkerung, nur einen Teil von dieser Sol.Darität und diesem Kampfesmut gegen ihren wirtschaftlichen Feind, ihre Unternehmer aufbringen würden, wäre es besser um sie bestellt. Aber alle Gewerkschaften klagen über mangelndes Interesse ihrer Mitglieder und über schlechten Versammlungsbesuch. Auch von unseren Berufsangehörigen, die fast ausnahmslos Frauen und Mädchen sind, ist dies festzustellen. Vor Jahren hatten wir eine gute organisierte Jahreshilfe in Bernau, doch diese verfiel der Auflösung, da der einzige am Ort befindliche Betrieb stillgelegt wurde. Seit geraumer Zeit wird jedoch wieder gearbeitet, und darum wurde von uns mit Hilfe des Ortsausschusses versucht, die dort Beschäftigten wieder zu organisieren. Doch alle Mühe blieb erfolglos. Eine zum 6. November einberufene Versammlung konnte nicht stattfinden, da es unsere Kollegen und Kolleginnen vorgezogen hatten, nicht zu erscheinen. Vielleicht war es auch kein Zufall, daß seit einigen Tagen verürzt gearbeitet wurde. Das Gepeinert der Arbeitslosigkeit sollte in Erinnerung gebracht und die dort Beschäftigten gefügiger gemacht werden. Auch sind die Ferkeln von der Firma verweigert worden und außerdem hat ein Akkordabzug von 10 Pf. stattgefunden.

Kollegen und Kolleginnen, begreift ihr nicht, daß alle diese Maßnahmen nicht geschehen könnten, wenn eine starke Organisation hinter euch stände? Darum legt euren Gleichmut ab und schließt euch eurer Gewerkschaft an, die vor Jahren die Lohnverhältnisse in Betrieben verbesserte und auch in Zukunft jederzeit eure Interessen vertreten wird. Scheut nicht die wenigen pennige Beitrag, sie kommen euch tausendfältig zugute.

Bonn. Am 28. Oktober fand eine Versammlung statt, die auch von unseren Kartonnagenarbeiterinnen am besucht war. Kollege Dreger-Röhl legte in einflüchtigem Vortrag den Anwesenden in leichtfälliger Weise die Bedeutung des Verbandes auseinander. Die Arbeiterinnen erklärten dann auch ihren Beitritt zum Verband und versprachen, auch die Nicht-anwesenden ebenfalls zum Anschluß zu bewegen.

Das ist in Bonn auch überaus notwendig. Der Reichstarif scheint unbekannt zu sein, denn bezahl

wird ganz nach Willkür. Herr Böckert, der Inhaber der Firma Stahl, erklärte vor dem Gewerbegericht bei einer Lohnlage ganz frei, er wisse nichts von einem Tarif, er sei nicht im Arbeitgeberverband. Er habe mit seinen Arbeiterinnen besondere Vereinbarungen getroffen. Das entspricht zwar nicht der Wahrheit, doch mußte er sich vom Vorsitzenden lassen lassen, daß private Abmachungen ungültig sind, wenn sie unter dem Tarif liegen. Die Reichstariflöhne müssen gezahlt werden. So erfolgte Verurteilung zur Nachzahlung der Reichstariflöhne. Eine andere Firma entläßt die Arbeiterinnen, die sich einen Bubitopf schneiden lassen. Herr Schmidler jun. drohte einer Kollegin, die Flugblätter auf der Straße vor dem Betrieb verteilte, sie mit Gewalt fortzubringen. Die Kollegin ließ sich aber nicht einschüchtern. Er nahm ihr dann die Zettel aus der Hand und zerriß sie. Die Angst des Herrn Schmidler vor der Organisation ist gewiß berechtigt, denn mit Organisierten kann er nicht so umspringen wie ein Diktator und sie um den Lohn prellen. Auch die hygienischen Verhältnisse in den Betrieben lassen vieles zu wünschen übrig. Es ist die höchste Zeit, daß alle Angehörigen der Branche sich sofort der Organisation anschließen. Dann ist es auch bald vorbei mit solchen Zuständen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Abrechnungen

vom 3. Quartal gingen weiter bis zum 9. November bei der Verbandskasse ein von:

- Königsberg 650,— M., Kottbus 509,10 M., Stettin 1150,— M., Stolz 55,— M., = Göttingen 282,55 M., = Gau Rheinland-Westf. 45,85 M., Barmen-Elberfeld 56,25 M., Duisburg-Ruhrort 600,— M., Essen 515,75 M., Gelsenkirchen —,— M., Solingen 0,65 M., = Aachen 100,— M., = Eberstadt 430,— M., Hanau 500,— M., Ludwigshafen 500,— M., Mainz 600,— M., Mannheim 500,— M., Marburg —,— M., Wiesbaden 402,70 M., = Eisenach 100,— M., Gera 335,— M., Greiz 264,48 M., Jena 150,— M., Schleiz 250,— M., = Hue t. Erzgebirge 70,50 M., = Freiburg i. Br. 600,— M.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Zahlstellen in: Detmold, Minden, = Dülmen, Düsseldorf, Summersbach-Ränderoth, Remscheid, = Cleve, Koblenz, Trier, = Jüdis, Hefen-Wehr, Grünstadt, Saarbrücken, = Ruhla, Tennstedt, = Glauchau, Sebnitz, Jittau, Zwickau, = Trossingen.

Abrechnungsänderungen.

B = Bevollmächtigter; K = Kassierer.

- Kottbus. B. u. K.: H. Gräß, Mauerstr. 28 II. Geschäftszeit und Auszahlung 1/5-7 Uhr.
Münster. B.: E. Gebler, Hoppenbamm 2. K.: H. Lübke jun., Stubengasse 9.
Schwerin I. M.: B.: P. Mahnte, Bergstr. 36 III. K.: R. Dettmann, Apothekerstr. 24 II.
Stuttgart. Verbandsbureau: Weimarstr. 39. Geschäftszeit: 10-1 und 4-1/2 Uhr. Samstag 10-1 Uhr. Fernsprecher 60 798.

Der Verbandsvorstand.

Inhaltsverzeichnis.

- Ziel und Wege.
Unsere Verbandsvertreter beim Reichsarbeitsministerium.
Das Papier, seine Erzeugung und Verarbeitung.
M. Gladbach im Kampf gegen Windmühlen.
Der Arbeitsmarkt im Oktober.
Wer hilft?
Entschließungen zu unseren Reichstarifen: Wellpappenvertrag.
Unsere Werbewoche: Gau Sachsen. — Gau Württemberg und Baden. — Gau Südbayern. — Gau Hannover.
Die Spielwarenindustrie im Jahre 1925.
Und nochmals: „Doppeltverdiener“.
Unsere Jugend: Tu' deine Pflicht! (Gebicht). — Unsere Jugendbewegung. — Schutz der arbeitenden Jugend. — Vom Selbststudium. — Jugendarbeit in Magdeburg. — Vorschläge für die Arbeit unserer Jugendgruppen.
Schließliches Mosaik: Ein treuer Knecht war Fridolin. — Die Gelben wissen, wozu sie da sind. — Dem Verdienste keine Krone.
Das Runden von Schachtelzargen, Hülsen- und Rohmaterial.
Internationales: Ungarn. — Tschechoslowakei.
Berichte: Bernau. — Bonn.
Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Abrechnungen. — Abrechnungsänderungen.